

## 4 Exportüberschüsse, eine Strategie zur ökonomischen Ausbeutung Deutschlands, Teil 4

Von Hermann Patzak

### 4.1 Ausbeutung durch EU und Euro

Die EU und der Euro waren von Anfang an ein politisches Projekt. Die „geistigen Väter“ des Euro (Mitterand und Kohl) gaben vor, Europa durch den Euro zu stärken. Das eigentliche Motiv für EWG, EU und den Euro aber war es, Deutschlands Wirtschaft einzubinden und für eigene Zwecke nutzbar zu machen und damit zu schwächen, denn ihr Potential **drohte durch die Wiedervereinigung die ökonomischen Dimensionen der Vorkriegszeit** zu erreichen. Kein geringerer als Günter Verheugen, EU-Kommissar von 1999-2010, hat in Maybrit Illner's Fernsehsendung am 9. Dez. 2010 ganz offen eingestanden: „*Das ganze Projekt Europäische Einheit ist wegen Deutschland notwendig geworden. Es ist darum gegangen und geht noch immer darum, Deutschland einzubinden, damit es nicht zur Gefahr wird für andere.*“<sup>6</sup>.

Der Euro war das Vehikel, das diese **Schwächung durch Ausbeutung und Aneignung (Aufkauf) deutschen Produktivvermögens** in einem Ausmaß erreichte, wie es zuvor weder die Transferzahlungen (Nettozahlungen in der EU) noch die verdeckten Reparationen (Wiedergutmachungen) geschafft haben. Niall Ferguson<sup>7</sup>, ein englischer Historiker, der an der US-Eliteuniversität Harvard lehrt, veranschlagt diese Wiedergutmachungszahlungen der BRD seit 1958 mit 163 Mrd. DM und addierte dazu die Nettozahlungen an die EU-Länder in Höhe von 379,9 Mrd. DM, womit er auf die Summe von 542,9 Mrd. DM kommt. Die Ausbeutung durch EU und Euro ist für die systemtragenden Medien und die Politiker der deutschen Konsensparteien ein Tabu, das sich aus ihrem Selbst- und Staatverständnis erklärt. Dass dieser „wunde Punkt“ von den sich als konservativ oder national gerierenden Medien und Gruppierungen nicht aufgegriffen wurde, hat sicherlich sehr viel damit zu tun, dass es mit ihrer „Personaldecke“ auf dem Gebiet der Ökonomie nicht zum Besten bestellt ist. Umso wichtiger ist es, die ökonomischen Fakten auszuleuchten und die Zusammenhänge zu veranschaulichen.

#### 4.1.1 Die deutsche Wirtschaft stagniert und fällt zurück

In den 14 Jahren von 1995 bis 2008 wuchs die deutsche Wirtschaft nur um 22 Prozent (pro Jahr also um 1,22 %) und lag damit auf einem der letzten Plätze der OECD<sup>8</sup>. Die deutsche Öffentlichkeit registrierte das gar nicht, die Medien hüllten sich in „konzertiertes Schweigen“. Wenn wir die deutschen Wachstumsraten seit Einführung des Euro mit den Wachstumszahlen der EU- und Euro-Nutznießer-Staaten in Europa vergleichen, bietet sich uns ein erstaunliches Bild, wie nachstehende Tabelle zeigt<sup>9</sup>:

---

<sup>6</sup> Quelle: <http://www.videogold.de/?s=Günter+Verheugen>.

<sup>7</sup> Vgl. Der Spiegel Nr. 45 von 2011, Seite 134.

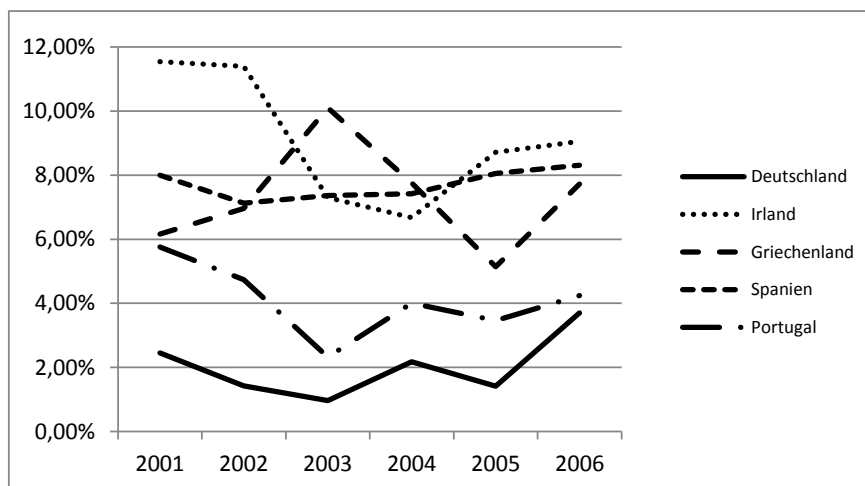
<sup>8c</sup>. Quelle: Clemens Fuest, Wolfgang Franz, Martin Hellwig und Hans-Werner Sinn in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.06.2010 Seite 10.

<sup>9</sup>Datenquelle: EuroStat,  
<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tec00001>

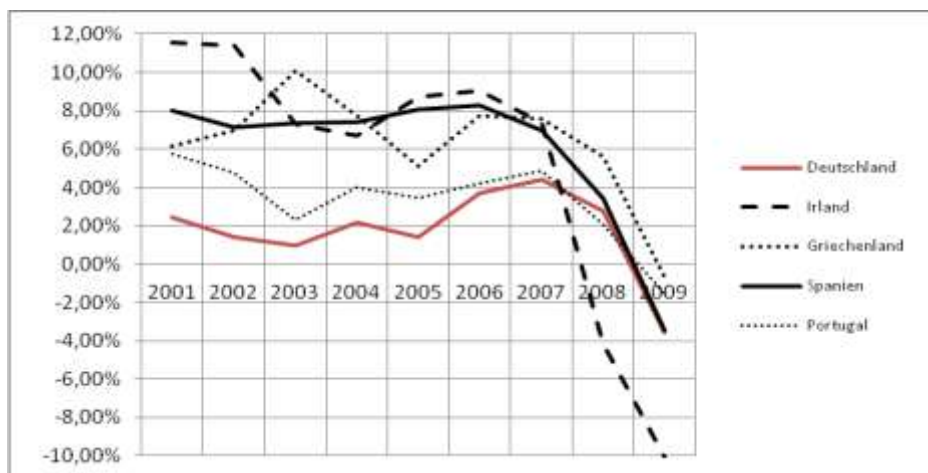
BIP	In Mio. Euro		Veränd %	Ø % Ändg.	Vergl zu Deutschland	
	2000	2009			Faktor	Prozent
Deutschland	2.062.500	2.407.200	16,7%	1,9%		
Irland	104.830	163.543	56,0%	6,2%	3,35	335,12%
Griechenland	137.930	237.494	72,2%	8,0%	4,32	431,91%
Spanien	630.263	1.051.151	66,8%	7,4%	4,00	399,57%
Portugal	122.270	163.891	34,0%	3,8%	2,04	203,68%

Die Zahlen sprechen für sich: Während Deutschland unter dem Euroregime in den zehn Jahren von 2000 – 2009 auf ein durchschnittliches Wachstum von 1,9 Prozent kam, erreichte z.B. Griechenland 8 Prozent und Spanien 7,4 Prozent. Portugal hatte mit 3,8 Prozent immer noch ein doppelt so hohes Wachstum als Deutschland.

Veranschaulicht man die jährlichen Wachstumsraten der genannten Länder in den Jahren 2000-2006, also bis zu dem Jahr vor Ausbruch der Finanzkrise im Sommer 2007, so erhält man ein eindrucksvolles Bild der Entwicklung, das die Behauptung von Kanzlerin Merkel, „Deutschland profitiere am meisten vom Euro“ als offenkundige Lüge überführt<sup>10</sup>:



Mit dem Ausbruch der Finanz- und Weltwirtschaftskrise, die im Kern eigentlich eine Krise des Globalkapitalismus ist, war es allerdings mit der „Herrlichkeit“ auf einen Schlag vorbei, wie die nachstehende Graphik zeigt:

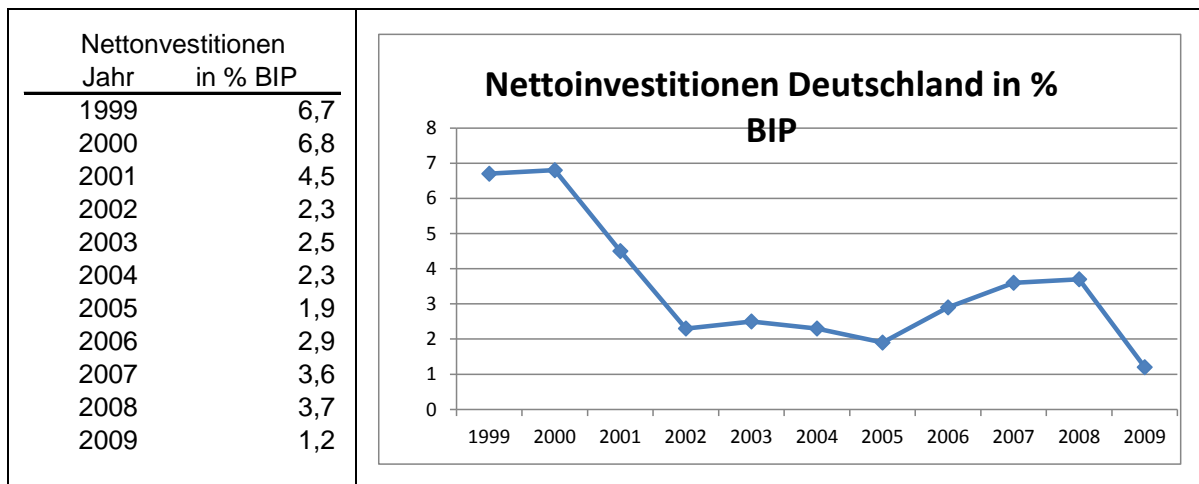


<sup>10</sup> Quelle EuroStat, a.a.O.

Die Ursachen des jähen Absturzes waren der Euro selbst und die dogmatische EU-Subventionierungspolitik (Nettozahlungen). Sie haben das Gegenteil dessen bewirkt, was die Politiker erreichen wollten: Sie haben die ökonomisch rückständigen europäischen Länder nicht wettbewerbsfähig gemacht, sondern zu einer „Scheinblüte“ getrieben, in der sie noch weiter an Wettbewerbsfähigkeit einbüßten. Die Europa- und Europrotagonisten stehen vor dem Scherbenhaufen ihrer Politik, wollen die Realität aber nicht wahrhaben!

#### 4.1.2 Die Ursachen des Wachstumseinbruchs

Die konkreten ökonomischen Ursachen für die anfängliche Scheinblüte waren die EU-Nettozahlungen und die Illusion der billigen Kredite, die der gemeinsame europäische Finanzmarkt ermöglichte. Die Kredite flossen nicht dorthin, wo sie die höchstmögliche Produktivität finanzierten, sondern in jene Länder, deren Regierungen und Unternehmen sich am höchsten verschuldeten!. Dem deutschen Mittelstand z.B. fehlten die Gelder zur Steigerung der Produktion und Beschäftigung. Dementsprechend niedrig war die Investitionsquote in Deutschland<sup>11</sup>:



Die Nettoinvestitionen sind in einer Volkswirtschaft die Voraussetzung für Beschäftigung und künftiges Wirtschaftswachstum. Die Quote der Nettoinvestitionen sank nach der Einführung des Euro kontinuierlich von knapp 7 Prozent auf Werte zwischen 2,3 und 3,7 Prozent! Die Arbeitslosenquote erreichte neue Höchstwerte, die rotgrüne Regierung unter Kanzler Schröder griff zur sog. Hartz IV – Regelung, um der sozialen Verarmung die ärgsten Spitzen zu nehmen.

Die genannten Zahlen und Entwicklungen sind den akademischen Lehrern in Deutschland natürlich bekannt. Die zur Elite zählenden Professoren Clemens Fuest, Wolfgang Franz, Martin Hellwig und Hans-Werner Sinn<sup>12</sup> wandten sich im Juni 2010 deshalb mit einem Appell an die Öffentlichkeit<sup>13</sup>. Sie führten aus, dass der **gemeinsame europäische**

<sup>11</sup> Quelle: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 12.12.2010, Seite 38.

<sup>12</sup> Clemens Fuest ist Professor für Unternehmensbesteuerung an der Universität Oxford und Leiter des wissenschaftlichen Beirates beim Bundesfinanzministerium, Wolfgang Franz ist Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Martin Hellwig war Vorsitzender der deutschen Monopolkommission und lehrt an der Universität Mannheim, Hans Werner Sinn ist Leiter des IFO – Institutes in München.

<sup>13</sup> Siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.06.2010 Seite 10.

**Kapitalmarkt einen gewaltigen Kapitalfluss** in die peripheren Länder Europas auslöste. Sie beklagten, dass die Ersparnisse der Deutschen auf dem Weg über die Banken überwiegend exportiert wurden und nur noch sehr wenig Geld im Inland investiert wurde. Sie nennen es einen „tragischen Denkfehler des politischen Diskurses, den Außenhandelsüberschuss und den damit verbundenen Verlust an Investitionskapital als Zeichen der Stärke Deutschlands anzusehen“. Doch sie weigern sich, die EU-Subventionspolitik mit ihren Nettozahlungen, den gemeinsamen Kapitalmarkt und den Euro als Ursache dieses Niedergangs zu benennen. Im Gegenteil, sie haben **zehn Regeln zur Rettung des Euro** aufgestellt, mit denen sie glauben, das Desaster des Zusammenbruchs doch noch abwenden zu können.<sup>14</sup>

Wieder einmal bewahrheitet sich der Spruch: „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing“. Doch auch diese Professoren werden den Gang der Geschichte nicht aufhalten. Sie haben sich im Interessenkonflikt, wem sie zu dienen haben – ihrem Volk oder dem politischen Regime – eindeutig entschieden. Wie krass der Wachstums- und Wohlstandseinbruch für Deutschland im Vergleich zu den bevorzugten EU- und Euroländern war, zeigt die nachstehende Tabelle der Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in den Jahren 2000-2007<sup>15</sup>:

BIP Länder	in Mio. Euro		Änderg.% 2000-2007	2000-2007 Ø % Ändg.	Im Vergl Deutschland
	2000	2007			
Deutschland	2.062.500	2.428.200	17,73%	2,53%	
Irland	104.830	189.751	81,01%	11,57%	4,6
Griechenland	137.930	226.437	64,17%	9,17%	3,6
Spanien	630.263	1.052.730	67,03%	9,58%	3,8
Portugal	122.270	163.052	33,35%	4,76%	1,9
Belgien	252.216	334.948	32,80%	4,69%	1,8
Frankreich	1.441.373	1.894.646	31,45%	4,49%	1,8
Italien	1.191.057	1.546.177	29,82%	4,26%	1,7
Luxemburg	22.001	37.466	70,29%	10,04%	4,0
Niederlande	417.960	568.664	36,06%	5,15%	2,0
Österreich	207.529	270.782	30,48%	4,35%	1,7
Finnland	132.110	179.536	35,90%	5,13%	2,0
England	1.602.240	2.044.133	27,58%	3,94%	1,6

Wie aus der letzten Spalte leicht zu erkennen ist, hatten selbst die ökonomisch schwächsten Länder Europas – egal ob Euro- oder Nicht-Euro-Länder – größere Wachstumsraten als Deutschland vorzuweisen. Das Wachstum Frankreichs war mit 1,8 fast doppelt so hoch und auch England hatte ein um 60 Prozent höheres Wachstum als Deutschland, wie aus der letzten Zeile in der letzten Spalte hervorgeht.

Noch besser als es die Zahlen der Tabelle können, veranschaulicht das nachstehendes Diagramm die Unterschiede des Wirtschaftswachstums von Deutschland (unterste Linie) im Vergleich zu den Ländern Frankreich, Italien und den Niederlanden. Sogar die Wachstumsraten Italiens waren jedes Jahr höher als die Deutschlands. :

<sup>14</sup> Siehe ebenda.

<sup>15</sup> Quelle:

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tec00001>



An dieser Stelle werden die Ökonomeexperten wahrscheinlich die gängige und allgemein verbreitete Erklärung für den Einbruch des deutschen Wirtschaftswachstums einbringen: Das geringe Wachstum sei die Folge der Wiedervereinigung gewesen, in der die „verlotterte“ DDR-Wirtschaft erst einmal auf das Produktivitätsniveau der westdeutschen Wirtschaft angehoben werden musste. Für diese „Experten“ ist die nachstehende Tabelle eingeschoben. Sie zeigt die Wachstumszahlen der ehemaligen Ostblockländer:

BIP Länder	in Mio. Euro 2000	in Mio. Euro 2007	Änderg.% 2000-2007	2000-2007 Ø % Ändg.	Im Vergl Deutschland
Deutschland	2.062.500	2.428.200	17,73%	2,53%	
Irland	104.830	189.751	81,01%	11,57%	4,6
Griechenland	137.930	226.437	64,17%	9,17%	3,6
Spanien	630.263	1.052.730	67,03%	9,58%	3,8
Portugal	122.270	163.052	33,35%	4,76%	1,9
<b>Bulgarien</b>	<b>13.704</b>	<b>28.899</b>	<b>110,87%</b>	<b>15,84%</b>	<b>6,3</b>
<b>Tschechei</b>	<b>61.495</b>	<b>127.331</b>	<b>107,06%</b>	<b>15,29%</b>	<b>6,0</b>
<b>Estland</b>	<b>6.160</b>	<b>15.627</b>	<b>153,69%</b>	<b>21,96%</b>	<b>8,7</b>
<b>Lettland</b>	<b>8.496</b>	<b>21.111</b>	<b>148,49%</b>	<b>21,21%</b>	<b>8,4</b>
<b>Polen</b>	<b>185.714</b>	<b>311.002</b>	<b>67,46%</b>	<b>9,64%</b>	<b>3,8</b>
<b>Ungarn</b>	<b>51.320</b>	<b>101.087</b>	<b>96,97%</b>	<b>13,85%</b>	<b>5,5</b>
<b>Rumänien</b>	<b>40.651</b>	<b>124.729</b>	<b>206,83%</b>	<b>29,55%</b>	<b>11,7</b>
<b>Slowenien</b>	<b>21.435</b>	<b>34.568</b>	<b>61,27%</b>	<b>8,75%</b>	<b>3,5</b>
<b>Slowakei</b>	<b>22.029</b>	<b>54.898</b>	<b>149,21%</b>	<b>21,32%</b>	<b>8,4</b>
<b>Kroatien</b>	<b>23.117</b>	<b>42.824</b>	<b>85,25%</b>	<b>12,18%</b>	<b>4,8</b>

In dem Zeitraum von 7 Jahren (2000-2007) hat sich bei einigen das Bruttoinlandsprodukt sogar mehr als verdoppelt. Dieser Sachverhalt müsste eigentlich zwangsweise die Frage aufkommen lassen, warum die ehemalige DDR-Wirtschaft nach der Wiedervereinigung nicht einen ähnlichen Aufschwung erlebt, sondern einen tiefen Einbruch erlitten hat? Eine Frage, die sich bezeichnender Weise weder den deutschen Konsenspolitikern noch den deutschen Lehrstuhlökonomern bisher gestellt hat. Gerade an die Professorenschaft in Deutschland wäre die Frage zu richten, ob sie denn die Lehren von Friedrich List ganz vergessen oder verdrängt hat? War es im Zweiten Deutschen Reich nicht gelungen, unter

Befolgung dieser Lehren die Armut zu überwinden und Deutschland zur größten Industrie- und Wirtschaftsmacht Europas aufzubauen? Musste zu diesem Zweck nicht die „aufkeimende deutsche Wirtschaft“ zunächst einmal vor der übermächtigen Konkurrenz (insbesondere aus England) geschützt werden? Wer hat denn die darniederliegende DDR-Wirtschaft nach der Wiedervereinigung geschützt und ihr die Chance gegeben, sich zu entwickeln? Wäre nicht westdeutsches Kapital genug vorhanden gewesen, um diesen Aufbau zu ermöglichen? Das technische Wissen und das Bildungspotential wäre bei den Menschen in Mitteldeutschland vor allem in den naturwissenschaftlichen Disziplinen reichlich vorhanden gewesen.

In der nächsten Folge dieses Artikels, der die Inhalte des Vortrags vom 03.12.2011 aufbereitet und vertieft, werden die Wachstums- und Wohlstandverluste aufgezeigt, die Deutschland durch das internationale Finanzkapital und dem Euro zugefügt wurden.

© [www.hpatzak.de](http://www.hpatzak.de)

20.01.2012